



Niederschrift

39. Plenarsitzung des Gemeinderates
31. Mai 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe – aktueller Sachstand und weitere Schritte

Vorlage: 2022/0415

Punkt 6.1 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe – aktueller Sachstand und weitere Schritte:

Frühkindliche Bildung stärker fördern

Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2022/0415/1

Beschluss:

1. Die Frist für Kita-Träger, ihre Elternbeiträge so anzupassen, dass diese das städtische Beitragsniveau maximal um 10 % überschreiten (Toleranzbereich), wird bis 31. August 2024 verlängert.
Ab 1. September 2026 müssen die Elternbeiträge der Kita-Träger dem gesamtstädtischen Niveau entsprechen.
2. *(Geändert durch Änderungsantrag)* Das gesamtstädtische Beitragsniveau gemäß Ziffer 3 der ergänzenden Erläuterungen (Seite 4 der Vorlage), wird angehoben. 40% der vorgeschlagenen Erhöhungen werden durch eine Anhebung des Erstkinderzuschusses kompensiert. In diesem Zug werden auch die Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen zum 1. September 2022 wie folgt in reduzierter Form angehoben:

Gesamtstädtisches Beitragsniveau	alte Beiträge seit 01.09.19	Erhöhung zum 01.09.22 - Vorlage -	neue Beiträge zum 01.09.22 - Vorlage -	Erhöhung zum 01.09.22 - reduziert -	neue Beiträge zum 01.09.22 - reduziert -
Kinder von 0 bis 3 Jahren:					
HT (pro Kind/Monat)	130 Euro	15 Euro	145 Euro	9 Euro	139 Euro
VÖ (pro Kind/Monat)	180 Euro	20 Euro	200 Euro	12 Euro	192 Euro
GT (pro Kind/Monat)	275 Euro	25 Euro	300 Euro	15 Euro	290 Euro

Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt:					
HT (pro Kind/Monat)	70 Euro	10 Euro	80 Euro	6 Euro	76 Euro
RG (pro Kind/Monat)	70 Euro	10 Euro	80 Euro	6 Euro	76 Euro
VÖ (pro Kind/Monat)	90 Euro	15 Euro	105 Euro	9 Euro	99 Euro
GT (pro Kind/Monat)	170 Euro	15 Euro	185 Euro	9 Euro	179 Euro

3. Die Stadt Karlsruhe wird in den kommenden Jahren weiterhin ihre Kita-Förderung dynamisieren (Tarifsteigerungen und Inflation).
4. Die Verwaltung wird gemäß des schon vorliegenden Vorschlags zur Ausgestaltung der Standardkriterien mit der weiteren Ausarbeitung sowie der Einbindung dieser Kriterien in die Kita-Finanzierung beauftragt. Die erforderliche Anpassung der städtischen Förderrichtlinie wird dem Jugendhilfeausschuss/Gemeinderat zur Beschlussfassung zeitnah vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

- Beschlussvorlage: Einstimmige Zustimmung zu Ziffern 1, 3 und 4
Ziffer 2 geändert durch Zustimmung zum Änderungsantrag
- Änderungsantrag: bei 26 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 25. Mai 2022:

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir jetzt noch eine Stellungnahme nachgereicht haben mit den Beträgen und auch der Einsortierung in die Systematik.

Bürgermeister Lenz: Zunächst der Dank an Sie, die Fachpolitik der Jugendhilfe. Es ist nicht oft so, dass wir den Arbeitsausschuss, den der Jugendhilfeausschuss sich selbst gegründet hat, einberufen. Aber die Tiefe und Komplexität der Thematik hatte dies erfordert. Es war sicherlich nicht vergnügungssteuerpflichtig für diejenigen, die auch noch an beiden Beratungen teilgenommen haben. Mein Dank gilt natürlich auch meiner Fachverwaltung, denn eines ist uns allen klar, diese Thematik weiterzuführen vor diesen Kulissen, die Sie alle kennen, die ich nicht näher beschreiben brauche, ist schon eine ganz besondere Herausforderung.

Deswegen lassen Sie mich zunächst dasjenige berichten, in dem wir uns einig sind. Sie schauen auf die Beschlussvorlage, Sie sehen vier Ziffern und der Jugendhilfeausschuss empfiehlt Ihnen die Annahmen der Beschlussziffern 1, 3 und 4. Das ist schon einmal etwas und nicht ganz wenig. Ein Rückblick zur historischen Einordnung, und das ist auch nicht ganz unbedeutend: Vor über 25 Jahren, einem Vierteljahrhundert, hat unsere Stadt die Geschwisterkindregelung eingeführt. Das heißt, über zwei Jahrzehnte werden Eltern an dieser Stelle nicht nur entlastet wie auch einkommensschwache Bevölkerungskreise. So sind bis heute über 30 Prozent der Kinder in den Kitas beitragsfrei. Also haben wir ein großes Stück des grundsätzlichen Ziels dieser Herausforderung schon erreicht.

Zweite Bemerkung, wir haben auch die Herkulesaufgabe, nämlich diese Aufholjagd der Schaffung Kitaplätze mit Abermillionen Euro im letzten Jahrzehnt, also 2000 bis 2010 und das letzte

Jahrzehnt, bewerkstelligt und nicht zu vergessen, wir machen etwas gegen den Fachkräftemangel wie kaum eine andere Großstadt in Deutschland, Baden-Württemberg schon gar nicht. Das wissen Sie, wir geben fünf bis sieben Millionen jedes Jahr für die sogenannten PIA-Plätze aus. Auch das kann sich alles sehen lassen. Wozu führt dieses besondere Engagement? Zu einem sehr geringen Anteil an städtischen Kitaplätzen. Wir haben nicht einmal 20 Prozent. Aufgrund unserer sehr guten Förderbedingungen sind wir immer in der Lage oder müssen die Kitas auch ausschreiben und das führt zu einer besonderen Qualität, ob privater Träger, ob kirchlicher Träger, ob Verbände, Initiativen, wer auch immer, und darauf können wir auch stolz sein.

Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, von Ihnen auf den Weg gebracht 2018, eine Reform der gesamten Finanzierungssystematik dessen, was wir gemeinsam über Jahrzehnte geschaffen haben. Diese Reform ist jetzt im Moment nicht ganz trivial. Das sieht man auch am Änderungsantrag, und das war auch die Andeutung mit der Kulisse, die uns umgibt, und die besondere Kulisse heißt natürlich Finanzpolitik. Mit der Herkulesaufgabe des letzten Jahrzehnts, der Schaffung der Kitaplätze, folgt jetzt unserer Ansicht nach eine Jahrzehntaufgabe. Ich finde es auch richtig und gut, dass wir uns jetzt nicht wegducken, mit welchen Begründungen auch immer, sondern meine Verwaltung einen Weg gesucht hat. Darum geht es ja. Jetzt darf ich das Ziel einmal vorlesen, um was es uns letztendlich allen geht. Die neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe haben Sie auf den Weg gebracht, um Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen möglichst weitgehend zu verringern und gleichzeitig trägerübergreifend einheitlich zu gestalten sowie die Finanzierung mit Blick auf Steuermöglichkeiten zu überprüfen bzw. anzupassen. Da bedanke ich mich für den Änderungsantrag, der nämlich die Ziffer 3, die unstrittig ist, eigentlich besonders unterstreicht. Ich reduziere die Komplexität und, Herr Stadtrat Kalmbach, Sie waren einer der Mithauptdiskutanten in den beiden Sitzungen, haben eben auch gesagt, man darf nicht so weitreichend und im Gemeinderat diskutieren. Deswegen reduziere ich diese Komplexität dieser ganzen Thematik an dieser Stelle auf diese Ziffer 3. Ich sehe in der Dynamisierung, die Sie uns auch mit auf den Weg gegeben haben in den Haushaltsberatungen, eine Chance, nicht gegen den Änderungsantrag zu steuern, sondern mitzusteuern. Sollte Ziffer 2 unserer Vorlage nicht gefolgt werden, dann gehe ich davon aus, dass eben diese Ziffer 3, die Dynamisierung, eine Steuermöglichkeit sein wird, dieses Auseinanderklaffen der Beiträge, und darum geht es uns hauptsächlich, endlich in den Griff zu bekommen, dass freie Träger nicht mehr und andere nicht-städtische mehr verlangen als die städtischen Einrichtungen. Sollte dieser Ziffer 2 nicht gefolgt werden, dann werden in einem der nächsten Jugendhilfeausschüsse natürlich berichten, auch in den nächsten Haushaltsberatungen, natürlich auch in allen Diskussionen zur Haushaltssicherung, ob es uns gelingt, in unserem Budget hier entsprechend mitzusteuern, eventuell gegenzusteuern.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Als Sie gerade angefangen haben, Herr Bürgermeister Lenz, hat meine Uhr einen ungewöhnlich erhöhten Puls gemeldet. Das hat gar nichts mit dem Inhalt Ihrer Ausführungen zu tun, sondern vermutlich eher mit der Komplexität, die Sie gerade zu Recht beschrieben haben, dieses Themas. Ich kann mich nur anschließen, es fühlt sich manchmal an, all diese Ziele ineinander zu vereinen, als würden wir hier die Quadratur des Kreises versuchen. Auf diesem gemeinsamen Weg hin zu einem gesamtstädtisch gemeinsamen Beitragsniveaus und ganz langfristig gesehen dann eben auch hin zu kostenfreien Kitas müssen wir immer wieder nachjustieren. Heute ist so ein Tag, wir müssen nachjustieren. Die vorgeschlagene Verlängerung der Fristen für die freien Träger zur Anpassung ihrer Beiträge ist pandemiebedingt ein notwendiger Schritt der Nachjustierung, den wir deswegen auch gerne so mitgehen. Auch das Zwischenergebnis bei den künftigen gemeinsamen Standards für alle Einrichtungen ist ein wich-

tiger Schritt in diese gemeinsame Richtung. Auch wenn jetzt noch nicht alle Details ganz klar sind, gehen wir das natürlich auch mit.

Worüber, und das haben Sie gerade richtig gesagt, keine Einigkeit besteht, ist die Anhebung des gesamtstädtischen Beitragsniveaus in der vorgeschlagenen Höhe, und das ohne zeitgleiche Anhebung des Erstkinderzuschusses. In dieser Form resultiert die Vorlage der Stadtverwaltung in deutlich höheren Beiträgen für Eltern. Angesichts der rasant steigenden Inflation, der Personal- und Sachkostensteigerung ist generell eine Anhebung dieses Beitragsniveaus zwar notwendig, besonders um unser Zwischenziel, das eben genannt wurde, der einheitlichen Beiträge, erreichen zu können. Allerdings wird es den Beitrag zahlenden Eltern eben nicht gerecht, die in ihrem Alltag all diese beschriebenen Kostensteigerungen genauso spüren wie die Stadt und die freien Träger, wenn wir diese zusätzlichen Kosten eins und eins an sie weiterreichen, auch wenn die Haushaltslage einen vollständigen Ausgleich der Beitragssteigerung nicht erlaubt. Krise herrscht aktuell eben nicht nur in den städtischen, sondern auch in den Haushaltskassen der Karlsruher*innen.

Wir schlagen deshalb als GRÜNE, gemeinsam mit der SPD, KAL und Die PARTEI, heute einen Kompromiss vor. Dabei lautet die klare Botschaft, wir werden trotz Krise und trotz steigenden Kosten die Familien in Karlsruhe nicht im Regen stehen lassen. Wir wollen das zusätzliche Päckchen auf den Schultern ein bisschen leichter machen, wir wollen es möglichst wenig komplex und anschaulich haben, sodass die maximale zusätzliche Belastung für Familien bei einem Ganztagesplatz U3 in Zukunft statt zusätzlich 25 Euro nur noch 15 Euro pro Monat zusätzlich beträgt. Das sind 120 Euro im Jahr, das ist ein erheblicher Beitrag, den wir hier leisten können. Wir werben natürlich auch bei den Kolleg*innen der anderen Fraktionen um Unterstützung für diesen Änderungsantrag. Wir haben ein gemeinsames Ziel, nämlich eine möglichst niedrigschwellige Teilhabe an frühkindlicher Bildung zu erreichen. Dieses Ziel dürfen wir auch bei knappen Kassen nicht aus den Augen verlieren.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Vorlage der Verwaltung ist überschrieben mit „Aktueller Sachstand und weitere Schritte“. Da würde man jetzt nichts Dramatisches vermuten. Aber die Debatte zeigt schon, dass da ganz schön was dahintersteckt. Ich möchte auch noch einmal ganz kurz in die Historie blicken, was auch Herr Bürgermeister Lenz schon getan hat, dass wir uns hier in diesem Haus gemeinsam auf einen Weg gemacht haben, diese Systematik bei der Kita-Finanzierung zu verändern, weil wir vor einigen Jahren festgestellt haben, dass diese Sche-re gerade bei den Beiträgen der freien Träger und der städtischen Einrichtungen immer weiter auseinandergegangen ist und wir hier wirklich ein massives Ungleichgewicht gesehen haben. Das war eigentlich damals das Ziel, hier einzusteigen. Wir haben sehr intensiv gemeinsam daran gearbeitet, auch mit externer Unterstützung, und haben uns dann auf den Weg gemacht, die Beiträge anzupassen, die Beiträge zu reduzieren und auch in eine einkommensabhängige Beitragsstaffelung einzusteigen. Im Weiteren wird auch noch an den Standards gearbeitet und auch die Standards angepasst.

Dieses Ziel sollten wir auch heute nicht aus den Augen verlieren. Ich sehe es auch so, dass das natürlich bei dieser vorgeschlagenen Beitragserhöhung für die städtischen Einrichtungen schon große Beträge sind. Aber wir hatten nun mal die Problematik, dass die städtischen Beiträge immer schon unter denen der freien Träger lagen, und die freien Träger müssen nun mal anders kalkulieren. Die müssen eine Vollkostenrechnung machen, was wir hier in unseren Einrichtun-

gen nicht haben. Deswegen ist es heute folgerichtig, um das gemeinsame Ziel, das wir uns alle gesetzt haben, weiterhin im Blick zu haben, dass wir diesen Weg heute gehen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich sagen, ich hatte das auch schon im Ausschuss gesagt, dass meine Fraktion sehr enttäuscht darüber ist, dass wir im Vorfeld von den antragstellenden Fraktionen nicht angefragt wurden und dass hier jetzt ein neuer Weg eingeschlagen wurde. Denn in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir ein solch wichtiges Thema immer gemeinsam, immer einheitlich und in der Regel auch einstimmig bearbeitet und diskutiert. Das hat uns schon wirklich sehr getroffen, dass die antragstellenden Fraktionen andere Kollegen angefragt haben, aber uns, die CDU und die AfD nicht. Ich möchte das einfach so auch nicht stehen lassen und möchte mich dagegen auch ein bisschen verwehren. Die CDU-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten massiv für Familien eingesetzt und auch mit eigenen Anträgen den Ausbau der Kinderbetreuung, wie wir ihn heute haben, massiv mitgestaltet.

Zum Abschluss ganz kurz, weil die Zeit schon rum ist, der Änderungsantrag ist nicht nur 850.000 Euro teuer. Er ist aus unserer Sicht kontraproduktiv, weil er dem von uns gemeinsam festgelegten Ziel widerspricht. Wir lehnen ihn deswegen heute ab und folgen der Verwaltungsvorlage.

Stadträtin Melchien (SPD): Damit mir nicht später nicht die Zeit ausgeht, würde ich gleich auf bestimmte Vorwürfe eingehen. Zum einen haben wir als Gemeinderat mehrheitlich einen Stufenplan hin zur Beitragsfreiheit beschlossen, das allerdings mit einem Änderungsantrag von GRÜNEN, SPD, FDP, LINKE, KAL und Die PARTEI, und diese Fraktionen haben wir auch als erste gefragt, ob sie mit uns gemeinsam bereit wären, hier zu versuchen, die Verwaltungsvorlage zu ändern. Daher die erste Anfrage an diejenigen, die sich schon damals beteiligt haben.

Zweitens, natürlich haben wir gemeinsam, und darüber bin ich auch sehr froh, als Gemeinderat das Ziel formuliert, ein einheitliches Beitragsniveau erreichen zu wollen. Jetzt gibt es verschiedene Wege dazu. Der leichte Weg wäre, einfach ein hohes Niveau anzusetzen, dann sind wir alle auf gleichem Niveau. Dann wäre es überhaupt kein Problem, dieses Ziel schnell zu erreichen. Als SPD-Fraktion haben wir nie gesagt, dass so unser Ziel ist und dass wir es über diesen Weg zu erreichen gewillt sind, sondern wir haben einen schwierigeren Weg gewählt, einen komplexeren, der länger dauert. Wir akzeptieren selbstverständlich die in der Vorlage von der Verwaltung nun vorgeschlagene Verlängerung, die die Träger erhalten sollen, um dieses gesamtstädtische Niveau zu erreichen, weil es unstrittig ist, dass das einfach Zeit braucht. Einfacher wäre es natürlich, wir würden einfach die Beiträge hochsetzen, aber diesen Weg wollen wir nicht gehen als SPD-Fraktion.

Deswegen, der Gesamtvorlage in dieser hier vorgelegten Form können wir als SPD-Fraktion nicht folgen. Wir sehen, dass wir viel Positives hier herauslesen können, nämlich beispielsweise die schon lange diskutierte Erarbeitung von Qualitätskriterien, die alle Kitas in Karlsruhe erfüllen müssen. Daran müssen wir weiterarbeiten. Entsprechend werden wir beispielsweise diesem Punkt natürlich auch zustimmen. Punkt 3, die Dynamisierung entspricht der geltenden Beschlusslage des Gemeinderats. Auch da haben wir gemeinsam mit anderen Fraktionen den Antrag eingebracht, dass Kitaförderung dynamisiert werden muss, damit Elternbeiträge nicht stetig steigen. Konsequenterweise fordern wir das aber auch für das Jahr 2022, in dem die Verwaltung es uns nicht vorschlägt und deswegen der von uns gestellte Änderungsantrag. Der von Ihnen vorgeschlagenen enormen Erhöhung der städtischen Beiträge und in Folge auch der Bei-

träge auf dem gesamtstädtischen Niveau können wir genauso wenig folgen wie dem Vorschlag, dass in diesem Jahr keine Dynamisierung erfolgen soll. Dabei bestreiten wir in keiner Weise, dass die enormen Kostensteigerungen diese Beträge rechtfertigen würden. Erklärtes Ziel meiner Fraktion ist es aber, Eltern Karlsruher Kinder stärker zu entlasten, und daran halten wir fest. Dass wir in Zeiten einer sehr angespannten Haushaltslage mit intensiven Sparbemühungen dafür in diesem Jahr keine 2 Millionen zusätzlich aus dem städtischen Haushalt bereitstellen können, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Nichtsdestotrotz fordern wir weitere Unterstützung ein, damit gerade in Anbetracht der in fast allen Bereichen vorhandenen Preissteigerungen Eltern aller Kinder entlastet werden.

Daher danken wir Ihnen für die finanzielle Darstellung. Die zeigt noch einmal das richtige Signal. Wir unterstützen frühkindliche Bildung und sind dafür bereit, Geld zu investieren.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben jahrelang das gleiche Ziel gehabt. Wir wollen - das ist fern - eigentlich einen total beitragsfreien Kindergarten haben. Wir haben die letzten vier Jahre daran gearbeitet. Jahrelang hatten wir Arbeitsgruppen, wir haben das in allen Details diskutiert. Wir haben diese komplexe Materie überlegt, und in all diesen Arbeitsdiskussionen wurde niemals dieser Antrag diskutiert. Wir haben gesehen, dass die Komplexität, und das ist schwierig für die Öffentlichkeit zu verstehen, ist, dass wir schon viele freie Träger haben. Zwischen den freien Trägern und den städtischen 20 Prozent müssen wir versuchen, einen Ausgleich zu machen. Mit dem Antrag, den Sie jetzt stellen, und ich sage das eigentlich relativ betroffen, verlassen Sie den gemeinsamen Weg. Ich kann zählen, ich weiß, dass Sie die Mehrheit haben. Das ändert nichts daran, dass Sie jetzt, entschuldigen Sie dieses Wort, eine kurzfristige Klientelpolitik machen. Mit dieser kurzfristigen Klientelpolitik verlassen Sie das Ziel, das wir alle hatten, nämlich zwischen den freien Trägern und den städtischen Kitas diesen Ausgleich zu machen. Es waren 10 Prozent, das haben wir diskutiert. Ungefähr 80 Prozent der freien Träger sind dabei, jetzt werden es nur ungefähr 74. Wir gehen also den falschen Weg, wenn wir lang sichtbar diskutieren.

Ich denke, dass Bürgermeister Lenz in seiner Stellungnahme eine Art Kompromissvorschlag gemacht hat. Ich möchte gerne, dass Sie das akzeptieren. Das tun Sie nicht, weil Sie die Mehrheit haben. Aber Sie unterbrechen eine gemeinsame mehrjährige, wirklich parteiübergreifende und fachliche Diskussion. Wenn Sie über frühzeitige Bildung sprechen, kann niemand in diesem Saal daran zweifeln, das war 30 Jahre lang mein Beruf. Ich habe große Kitas in Oxford, in München und hier geleitet, und ich habe immer in diesem Saal gesagt, wir wollen Qualität, wir wollen nicht Betreuung, wir wollen ein pädagogisches Projekt. Ich sage nicht, dass Sie das verlassen, aber Sie verlassen - und das tut mir richtig weh - die Zusammenarbeit mit uns lang sichtbar zu sehen, wie wir in dieser Stadt dieses beitragsfreie Ziel erreichen können. Es ist eine kurzfristige Klientelpolitik, die Sie jetzt führen, und wir müssen deshalb leider gegen Ihren Antrag stimmen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD-Fraktion begrüßt es sehr, dass die Kita-Beiträge in Karlsruhe harmonisiert und nach einer Übergangszeit spätestens zum 01.09.2026 dem städtischen Niveau entsprechen, so wie das in anderen Städten längst üblich ist. Auch wenn wir uns den Vollzug der Angleichung bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht hätten, die Bestrebung, Gespräche laufen ja schon seit 2019, halten wir diese Übergangszeit von sieben Jahren, in denen die Träger Gelegenheit haben, an ihren Kostenstrukturen zu arbeiten, einerseits zwar für notwendig, aber andererseits auch in jedem Falle für ausreichend. Dies vor dem Hintergrund, dass es bereits heute durchaus Träger gibt, die mit den gegebenen städtischen Zuschüssen nicht teurer als die städtischen Kitas sind. Es gibt etliche mehr, die mit ihren Beiträgen bereits im To-

leranzbereich von 10 Prozent gegenüber denen der Stadt liegen. Zudem bewerben sich bislang immer mehrere Träger um das Betreiben neugeschaffener Kitas, denen die Zuschussperspektive wohl bekannt ist. Das heißt, es gibt durchaus Betreiber, die unter den angestrebten Konditionen Kitas betreiben können. Wir stimmen daher diesem Punkt 1 der Vorlage und ebenso dem Punkt 4 der parallelen Ausgestaltung der von allen Trägern einzuhaltenden Qualitätsstandards für Kindertagesstätten, die wir in diesem Kontext für richtig und wichtig halten, in vollem Umfang zu.

Probleme sehen wir dagegen beim Punkt 2, der Anhebung des Beitragsniveaus. Zum einen entfernen wir uns damit vom Langfristziel der beitragsfreien Kita, das dieser Gemeinderat beschlossen hat. Im Grunde würden wir sogar aufgeben, denn auch im übernächsten Haushalt wird die Finanzlage der Stadt nicht besser werden, Sie wissen das alle. Mitverursacher dieser Misere sind die von Grün-Links gewollten exzessiv steigenden Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz, wie zum Beispiel die Stellenschaffungen hierzu im TOP 5, die wir gerade hatten, oder schauen Sie sich die Anlage 3 zur Umsetzung des sogenannten Klimaschutzkonzeptes beim TOP 11.2 an. Da wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen, gleichwohl hier allen bekannt ist, dass wir in Karlsruhe das Weltklima nicht retten werden. Da hilft auch nicht die in Punkt 3 der Vorlage genannte Dynamisierung der Zuschüsse, der wir zustimmen. Denn diese bezweckt lediglich den Ausgleich von Tarifsteigerung und Inflation. Jedoch sollten wir stattdessen einen Schritt weitergehen Richtung Beitragsfreiheit. Somit lehnen wir den Punkt 2 der Vorlage, die Anhebung des Beitragsniveaus und ebenso die Weichspülversion davon, sprich den Änderungsantrag hierzu, ab.

Wer für die Kostensteigerung stimmt, der sollte fairerweise zugeben, dass man damit die beitragsfreie Kita auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Alles andere ist schlicht Populismus.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Bürgermeister Lenz, für die Vorlage. Sie werden es erahnen, wir werden in einem Punkt den Dissens haben, und bei anderen Punkten werden wir zustimmen. Erst einmal ist natürlich die Dynamisierung zu begrüßen. Das hat auch die Kollegin richtig ausgeführt, dass der Gemeinderat es beschlossen hatte. Auch die Verlängerung der Übergangszeit zur Angleichung der Beiträge, ist für uns in Ordnung. Das ist auch verständlich, woher es kommt. Auch die Anpassung der städtischen Förderrichtlinie, da haben Sie unsere Zustimmung. Aber wo wir nicht zustimmen werden, ist die Anhebung des gesamtstädtischen Beitragsniveaus. Wir werden auch nicht dem Kompromissantrag zustimmen, der zwar schön vorgerechnet ist, dass im Best Case-Szenario oder im Worst Case-Szenario 120 Euro eingespart werden, aber natürlich auch mit drinsteckt, dass dennoch 70 bis 180 Euro Mehrbelastung auf Karlsruher Familien zukommen könnte.

Wir bleiben weiterhin dabei, dass wir das Beitragsniveau nicht weiter erhöhen wollen. Wir weisen aber auch auf die Verantwortung des Landes hin, das zu machen, was viele andere Bundesländer machen, stärker in die Verantwortung zu gehen in diesem Bereich. Ich glaube, das wäre dringend notwendig, und es würde viele Kommunen deutlich unterstützen. Wir sehen, dass diese Belastung der Karlsruher Bürger*innen einfach enorm hoch wird, Stück für Stück. Ich glaube, gerade im Familienbereich sollten wir nicht anfangen. Wir können auch die Sichtweise verstehen, dass der städtische Haushalt dies erfordert, aber wir haben auch bei mehreren Gelegenheiten schon gesagt, es ist leider das System, was dazu führt, dass gerade, wenn ein besonders starker Sozialstaat wichtig ist, in den meisten Fällen auch die Kommune leidet, weil sie

Probleme auf der Einnahmenseite hat. Diese Diskrepanz irgendwann aufzulösen, das wäre, glaube ich, ein großer Wurf der Bundes- und Landespolitik an der Stelle.

Wie gesagt, wir stimmen den Punkten 1, 3 und 4 zu, und bei Punkt 2 lehnen wir die Vorlage der Stadtverwaltung ab.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich kann es relativ kurz machen. Es ist so, dass wir den Vorlagen der Stadtverwaltung sehr gerne zustimmen, weil wir glauben, dass es an der Stelle der richtige Weg ist. Ich möchte es auch begründen. Wer behauptet, wir lassen die Eltern im Regen stehen, wir lassen es, die Eltern zu entlasten, der vergisst, dass 40 Prozent der Kinder nichts bezahlen müssen. Das bedeutet doch, dass tatsächlich die Armen und auch die weniger Armen schon nichts bezahlen müssen, und die anderen kriegen Unterstützung. Also, wir haben ein sehr gutes Unterstützungssystem. Es stimmt nicht, dass irgendjemand im Regen steht. Wie müssen die nicht erst retten mit dem Antrag. Das ist völlig an der Sache vorbei. Deswegen glauben wir, dass es angemessen ist, so vorzugehen.

Das Zweite ist, mit diesem Ergänzungsantrag machen wir die Schere noch weiter auf. Das, was wir schon aufgeholt haben, geben wir wieder preis. Das heißt, wir werfen einige Träger aus dem Korridor heraus, und damit verlieren wir eher auf dem Weg dorthin, was wir eigentlich vorhaben. Es ist ein echter Rückschritt an dieser Stelle.

Dann frage ich mich schon, wenn 58.000 Euro per Antrag sozusagen rausgepulvert werden, können wir das einfach so machen? Können wir diesen haushaltsrelevanten Antrag an dieser Stelle tatsächlich durchgehen lassen? Natürlich gibt es ein gesamtstädtisches Interesse, das heißt es immer, aber wann ist es der Fall? An der Stelle kann man die Karte nicht ziehen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Zur Sache an sich möchte ich gar nichts mehr sagen, denn ich denke, hier ist alles gesagt. Aber vielleicht gerade an die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt diesen Kompromissvorschlag bringen, der sogar von der Verwaltung nicht als gut angesehen wird. Das ist keine Haushaltskonsolidierung, Herr Oberbürgermeister. Ich weiß, Sie gehen mit einem guten Beispiel voran. Aber wenn wir so weitermachen, werden wir dieses Ziel nicht schaffen, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Die Beiträge von den Kollegen haben es Ihnen erklärt, was wir hier erreichen. Wir machen wieder einen Weg in die falsche Richtung. Wir waren auf einem sehr guten Weg, denke ich, und hier gehen wir wieder weg. So werden wir das Ziel nicht erreichen.

Einen kleinen Satz muss ich mir noch gestatten, weil ich mir das wirklich nicht nachsagen lasse, zum Kollegen Schnell. Wenn einer hier Populismus pur macht, dann sind Sie das, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, und da lasse ich mir das nicht vorwerfen. Was Sie hier abziehen, das entbehrt teilweise jeglicher Grundlage. Das hat überhaupt nichts damit zu tun. Wir sind einen gemeinsamen Weg seit langem gegangen in diesem Bereich. Der ist auch der richtige Weg. Ich glaube, da stehen auch viele dazu. Aber es zeigt mal wieder, dass Sie gar nicht verstanden haben, um was es hier geht. Da können Sie noch einmal in den Wortbeiträgen von meiner Kollegin Meier-Augenstein oder Herrn Høyem nachlesen, die Ihnen das mit der Schere gerne noch einmal erklären. Dann, glaube ich, sind wir auch wieder auf einem richtigen Weg.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Bisher war es mit dem Puls noch okay. Jetzt sprengt es mir bald den rechten Arm weg, wenn ich noch weiter zuhöre. Herr Hofmann, vor zwei Tagesordnungspunk-

ten habe ich Ihnen zugehört. Da haben Sie gesagt, verlässlich sein und zu Entscheidungen stehen. Ich lese Ihnen einmal vor, welchem Antrag Sie am 09.10.2018 zugestimmt haben. „Hierfür soll ein Fonds mit zunächst jährlich 5 Millionen Euro gebildet werden. Alle Schritte zur Gebührenfreiheit sollen künftige Gebührenerhöhungen sowohl bei den städtischen Kindertagesstätten als auch bei den Kindertagesstätten freier Träger verhindert werden.“ Dem haben Sie zugestimmt. Liebe FDP, dem haben Sie auch zugestimmt. Wenn Sie uns jetzt vorwerfen, dass wir den gemeinsamen Weg verlassen, waren Sie schon gar nicht mehr drauf seit zwei Jahren. Das ist schon eine bemerkenswerte Ansicht bei diesem Thema. Da kann ich dann auch irgendwie diese gespielte Enttäuschung hier nicht so ganz nachvollziehen. Wir schlagen hier lediglich einen Kompromiss vor. Es ist schön, wenn Sie die Verwaltungsvorlage, das dürfen Sie gerne machen, als absolut sehen, als quasi den einzigen Weg, der jetzt in Stein gemeißelt ist, aber das ist eben nicht der Fall. Wir haben einen bestehenden Gemeinderatsbeschluss in dieser Verwaltungsvorlage, nämlich den der Dynamisierung der Erstkinderzuschüsse. Der wird in dieser Verwaltungsvorlage gar nicht aufgegriffen. Das heißt, hier wird ein bestehender Gemeinderatsbeschluss nicht umgesetzt. Das ist jetzt an uns gelegen, wieder dieses Dreieck zwischen freien Trägern, zwischen städtischen Finanzen und den Eltern ein Stück weit in die richtige Richtung zu rücken. Sie kommen jetzt und sagen, wir verlassen den gemeinsamen Weg, auf dem Sie sich schon ganz lange nicht mehr befunden haben. Also lassen Sie uns doch einfach sachlich bleiben. Es hilft nichts, sich das jetzt gegenseitig vorzuwerfen an der Stelle. Es ist eine sachliche Frage in dem Aushandlungsprozess zwischen diesen drei Polen. Wir haben hier einen leicht veränderten Vorschlag zu dem der Verwaltung vorgeschlagen. Das ist nicht den gemeinsamen Weg verlassen.

Ich möchte Herrn Bürgermeister Lenz zitieren: Es ist ein Schlenker auf dem gemeinsamen Weg. Aber das Ziel haben wir nicht verlassen an der Stelle. Noch eins dazu, wir haben in der Tischvorlage, die wir im Jugendhilfeausschuss vorgelegt bekamen, die nun auch als Anlage zu dieser Vorlage in Mandatos eingestellt ist, gesehen, dass wir gerade bei den Beiträgen oder bei der Beitragsfreiheit noch nicht so weit sind, wie wir uns das wünschen würden. Das heißt, beim Thema Gerechtigkeit tun wir in Karlsruhe ganz viel. Es gibt eine große Gruppe von Kindern, für die keine Beiträge zu entrichten sind. Aber es ist nicht in der Höhe, wie wir uns das alle erhofft haben. Ich mag Sie noch einmal daran erinnern, wie Sie immer beim Thema „Starke Schultern“ reagieren, wenn wir sagen, starke Schultern müssen mehr tragen. Jetzt stellen Sie sich heute hin und sagen, es ist doch alles gerecht. Das ist irgendwie keine konsequente Haltung, die Sie hier fahren.

Der Vorsitzende: Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Es gab ja verschiedene ...

(Zuruf)

Aber die haben, wenn ich das richtig verstehe, die Ansätze nicht überschritten. Insofern können wir das jetzt hier nicht aufnehmen. Wir prüfen natürlich den Einwand, dass hier entsprechende neue finanzielle Mehraufwendungen geschaffen werden durch den Antrag. Aber ich stelle zunächst fest, dass hier kein neues Projekt angeschoben wird, sondern ein Projekt fortgesetzt wird, das Sie schon beschlossen haben.

Zum Zweiten ist meines Wissens dieses Budget auch drin. Das prüfen wir aber noch einmal und würden dazu dann gegebenenfalls Stellung nehmen. Aber ich gehe davon aus, dass, da ich bis-

her keinen Einspruch gehört habe, es damit auch gedeckt ist. Ich würde jetzt gerne zur Abstimmung kommen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist nur noch eine Frage dazu, aber es ist eine Erhöhung des Haushaltsansatzes. Von daher denke ich, trifft es das schon zu. Aber wenn das so ist, ist es in Ordnung. Es war jetzt nur noch mal die Nachfrage.

Der Vorsitzende: Ich will es andersherum formulieren. Ich kann diesen Beschluss nur akzeptieren, wenn es keine Erhöhung einer Haushaltsplanung ist. Das werden wir noch einmal prüfen und dann würden wir Ihnen dann...

(Zuruf)

Ich habe es auch so verstanden, dass es drin ist, weil Sie ursprünglich einen größeren Betrag reserviert haben für die nächsten Schritte, aber wir prüfen es noch einmal.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich habe jetzt von mehreren gehört, dass 1, 3 und 4 anders behandelt werden sollen als 2. Jetzt rufe ich den Änderungsantrag auf und würde gerne mit Ihnen klären, wenn der Änderungsantrag eine Mehrheit finden sollte, wäre damit für mich der Punkt 2 auch schon quasi beschlossen, weil Sie den kompletten Punkt 2 Ziffer 2 vom Antrag ersetzen. Dann rufe ich jetzt diesen Änderungsantrag auf und bitte um Ihr Votum. – Der ist damit angenommen. Damit haben wir die Ziffer 2 im Grunde schon soweit hier mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe dann die Ziffern 1, 3 und 4 der unveränderten Beschlussvorlage auf und bitte hier um das Votum. – Das ist Einstimmigkeit.

Ich weise auf die Aussage von Herrn Lenz hin, dass die Ziffer 3 uns einen Auftrag gibt.

Damit unterbrechen wir die Sitzung zum Lüften und zur Stärkung. Ich würde allerdings vorschlagen, dass wir nicht eine halbe Stunde frei machen, sondern nur bis zwanzig vor und dann uns hier wieder treffen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:16 bis 17:42 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Juni 2022